

Politischer Protest und Zivilgesellschaft im deutschen Transformationsprozess

Wolfgang Thierse im Gespräch mit Udo Hahn

Udo Hahn: Herr Dr. Thierse, Sie sind in Breslau geboren und durch die Vertreibung ihrer Familie in Thüringen gelandet. Sie haben dort Abitur gemacht, Sie haben Schriftsetzer gelernt beim Thüringer Tageblatt in Weimar. Sie haben Germanistik und Kulturwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin studiert.

Wolfgang Thierse: Ich muss kurz unterbrechen – ich kenne mich ja: Wir waren in der DDR generell bescheiden. Wir haben nicht Wissenschaften im Plural studiert, sondern ich habe Kulturwissenschaft im Singular studiert.

Udo Hahn: Dann gab es ein Erlebnis, von dem ich gerne wüsste – und dafür unterbreche ich die Biografie – wie prägend es für die weitere Zeit für Sie war. Sie haben im Ministerium für Kultur gearbeitet in der Abteilung Bildende Kunst, und Sie waren dort entlassen worden weil – wie ich gelesen habe – Sie sich weigerten, die Ausbürgerung des Liedermachers Wolf Biermann zu befürworten. Ein Akt von Zivilcourage, mutig in jedem Fall, wie kam es?

Wolfgang Thierse: Ich war lange an der Universität und irgendwann muss man sie verlassen. Und da habe ich wohl in einem Anfall von Leichtsinn ein Angebot angenommen, ins Kulturministerium der DDR zu gehen. Ich dachte, vielleicht kann man wirklich etwas ausrichten. Und das war nun nach eineinhalb Jahren zu Ende. Nach der Ausbürgerung von Biermann gab es ja – wie Sie wissen – eine Reihe von Prominenten, vor allem Schriftsteller der DDR, die das in einer öffentlich gewordenen Bittschrift kritisierten und die Parteiführung der SED, die Regierung, gebeten haben, diese Entscheidung zurückzunehmen. Diese Erklärung fand viele Unterstützer und die SED-Führung hat ihrerseits darauf reagiert mit der Organisation von Zustimmungserklärungen

zu dieser Entscheidung. Man muss wissen, zum ersten Mal seit 1945 ist einem deutschen Staatsbürger die Staatsbürgerschaft aberkannt worden. Die DDR war ja ein Nachfolgestaat des Nazi-Staats, auch wenn immer so getan wurde, als hätte nur der Westen die Nachfolge angetreten. Es gab eine regelrechte Kampagne des »Neuen Deutschlands« und der anderen SED-Zeitungen. Die waren voll von Jubelerklärungen. Ich wurde aufgefordert, zu Künstlern zu gehen und sie um solche Jubelerklärungen zu bitten – und wenn sie das nicht machen, darüber zu berichten. Ich habe gesagt, das lehne ich ab, ich mache das nicht. Ich halte diese Entscheidung für einen kapitalen Fehler. Ich habe also nein gesagt und das hat zu meiner sofortigen Entlassung geführt.

Dazu noch eine Geschichte: Ich wurde zum Abteilungsleiter gerufen und der hat mir vorgehalten, was ich in den letzten Wochen alles gesagt habe. Das hatte eine Kollegin genauestens berichtet. Ich kam also von dem Gespräch mit meinem Abteilungsleiter, das mit meinem Rausschmiss geendet hatte, zurück und fragte die Kollegin, die mit mir im gemeinsamen Arbeitszimmer gesessen hatte: »Renate warum hast Du das gemacht? Warum hast Du über mich berichtet? Du weißt, dass ich ein streitlustiger Mensch bin, Du hättest mir alles ins Gesicht sagen können und dann hätten wir gestritten!« Dann kam die wörtliche Antwort: »Ach Wolfgang, als Mensch ist es mir schwer gefallen, aber als Genossin war es meine Pflicht.« Das war ein ganz typischer DDR-Satz. Das war die alltägliche Schizophrenie. Sie wusste ganz genau, dass sie etwas menschlich Unanständiges getan hatte, aber als SED-Genossin hatte sie es für ihre Pflicht gehalten.

Naja, so wurde ich von heute auf morgen entlassen und wusste nicht, wie es weitergeht. Ich bin dann anschließend zu einem uns bekannten Maler gegangen und habe mir aus Trotz ein Bild gekauft. Das hängt noch heute in unserem Wohnzimmer. Als der dann später hörte, was mit mir geschehen war, sagte er: »Wolfgang, hättest du mir doch was gesagt! Ich hätte es Dir sofort geschenkt!« Und ich sagte »Nein, ich wollte das Bild kaufen! Nun erst recht!« Jetzt hängt es also in unserem Wohnzimmer – es ist eine wunderbare Zirkusszene. Also ganz passend.

Udo Hahn: Ich fahre kurz in der Biografie fort. Sie haben dann bis zur Wende als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Akademie der Wissenschaften der DDR gearbeitet, im Zentralinstitut für Literaturgeschichte. Sie haben sich in der Wendezeit zunächst dem Neuen Forum angeschlossen. Anfang 1990 sind Sie dann in die neugegründete SPD in der DDR eingetreten und sie haben in der SPD bis heute viele Aufgaben und Ämter wahrgenommen. In einer

Biografie des Deutschlandfunks heißt es, Sie seien einer der erfolgreichsten ostdeutschen Politiker und einer der wenigen DDR-Bürgerrechtler, die es so weit nach oben geschafft haben – also aus der Wendezeit heraus Politik die letzten 30 Jahre im vereinten Deutschland gestaltet haben. Und, das fand ich besonders nett und ich bin gespannt wie sie darauf reagieren: Sie sind als engagierter Querulant bezeichnet worden. Das ist sicher etwas Liebevollles, aber finden Sie sich darin wieder?

Wolfgang Thierse: Nein. Wenn mir bescheinigt worden wäre, dass ich auch in der Politik eigensinnig geblieben bin, dann gefällt mir das. Querulant ist ja ambivalent. Und ich war nicht nur einfach ein Querulant, dann hätte ich nicht so lange stellvertretender Parteivorsitzender der SPD sein können. Ich hatte eine Menge anderer Funktionen in dieser Partei: Vorsitzender der Grundwertekommission, Vorsitzender des Kulturforums der Sozialdemokratie. Das macht man nicht, wenn man nur Querulant ist. Ich habe natürlich auch gelegentlich dem eigenen Kanzler widersprochen und anderen auch und so wird man halt zum »Querulanten«.

Udo Hahn: Herr Dr. Thierse, ich knüpfe nun an den Beitrag von Christine Scheel in diesem Band an, in dem sie sagt: »Ohne Demokratie gibt es keine Zivilgesellschaft.« Wie muss man sich eigentlich die DDR bis zur Wende vorstellen? Wir sprechen immer von der SED-Diktatur. Diktatur heißt eigentlich, da gibt es keine Zivilgesellschaft, da gibt es eine Partei, die das gesellschaftliche, politische und kulturelle Leben – und wir haben das ja eben gerade am Beispiel Wolf Biermann wahrgenommen – dominiert. Gab es doch so etwas wie Zivilgesellschaft? Wie würden Sie den Satz von Christine Scheel im Blick auf die DDR vor der Wende einordnen?

Wolfgang Thierse: Wenn man Zivilgesellschaft als positiv wertenden Begriff versteht im Sinne einer selbstbewussten Bürgerschaft, die fähig und willens ist zu selbstverantwortlichem Handeln, dann war es dem SED-Regime gelungen, eine solche Zivilgesellschaft fast vollständig zu zerstören. Genauso wie es dieser Arbeiterpartei – dieser sogenannten – gelungen ist, die Arbeiterklasse in der DDR fast vollständig zu entpolitisieren. Das sollte man wissen.

Das galt nicht für die Kirchen. Zwar sollte Religion bestenfalls Privatsache sein, aber die Kirchen blieben bzw. wurden Freiräume in einem unfreien Land. Und deswegen freut mich die historische Pointe, dass es die unterdrückten Kirchen waren, die eine solche Rolle bei der Überwindung des Re-

gimes gespielt haben! Dass Christen die Religion eben nicht bloß ihre Privatsache sein lassen wollten, sondern daraus öffentliche politische Konsequenzen gezogen haben, und so wesentlich beigetragen haben zur Überwindung des Regimes! Es gab also in der DDR die Kirchen als einen Raum relativer Freiheit in einem unfreien Land. Das wurde dann deutlich sichtbarer in den 80er Jahren, als sich Oppositionsgruppen bildeten, zunächst Zirkel eher geringer Größe, weil man vertraut miteinander umgehen können musste. Es gab die evangelischen und katholischen Studentengemeinden, die sehr wichtig waren. Es gab das demokratische Leben in der evangelischen Kirche: Zu den erstaunlichen Überraschungen für die Westdeutschen gehörte 1990 ja, dass der Vizepräsident der Volkskammer, Reinhard Höppner, den parlamentarischen Betrieb ziemlich souverän gehandhabt hat. Er hatte es gelernt, denn er war Synodenpräses. Da weiß man, wie man Versammlungen leitet. Das konnte man sonst in der DDR nirgendwo lernen. Und auch ich wurde ja – wenn ich das mit einer gewissen Ironie sagen darf – im Westen mit Erstaunen begrüßt. Ich erinnere mich an einen SPIEGEL-Artikel über mich: Da kommt einer aus der DDR und kann deutsch und ist der öffentlichen Rede mächtig. Das war offensichtlich etwas Überraschendes. Ich wunderte mich darüber und dachte, ich habe schließlich Germanistik studiert, dann werde man doch eine beträchtliche Beherrschung der nicht politischen deutschen Sprache draufhaben. Und nicht nur den politischen Jargon. Es fiel also auf, dass ich eine andere Sprache spreche als die westdeutschen Politiker. Auch für mich war eben die Studentengemeinde ein wichtiger Lernort gewesen.

Also, die Zivilgesellschaft war nicht vollständig ausgeradiert. Aber sie war nicht als eine öffentlich wirksame sichtbar. Es gehörte zu den Entwicklungen im Laufe der 80er Jahre, dass die unterschiedlichen Zirkel des Überlebens, des widerständigen Denkens – Opposition, das ist ein so großes Wort – die zunächst getrennt waren, sich zu überschneiden begannen. Wo hat Stefan Heym gelesen, wo ist Stefan Krawczyk aufgetreten, wer hat begonnen, mit wem zu diskutieren? Da gab es ja auch Zirkel in der Wissenschaft, selbst bis in die SED hinein, Ideen einer Reform des Sozialismus. Und erst als die anfangen, sich zu begegnen, da wurde es gefährlich. Erst sehr spät im Vergleich etwa zu Polen: Solidarnosc war deshalb ein außerordentliches Phänomen, weil da eine wirkliche Gewerkschaft entstanden war, wo Intellektuelle sich mit den Arbeitern verbündeten, wo die großen Namen von Mazowiecki bis Geremek sich den sich organisierenden Arbeitern zur Verfügung stellten. In der DDR dagegen: Entpolitisierte Arbeiterklasse, die privatisierte. Ein typischer DDR-Satz war: »Privat geht vor Katastrophe.« Das war ein Ausdruck der Entpoli-

tisierung einer Mehrheit: Man wusste seit 1953, dass man nichts ausrichten konnte. Erst in den späten 80er Jahren entstand eine andere Lage, wenn man so will eine Art von vorrevolutionärer Situation.

Udo Hahn: Herr Dr. Thierse, wann haben Sie gespürt oder erkannt, dass sich in der DDR grundlegende Veränderungen abzeichnen könnten? Gab es da ein Erlebnis oder eine Entwicklung, an dessen Ende Sie sagten, da kann etwas passieren?

Wolfgang Thierse: Ich will nicht Legendenbildungen erliegen. Sie wissen ja, dass der Zeitzeuge als der natürliche Feind der Historiker gilt. Denn wir Menschen sind so gestrickt, dass wir unmerklich oder bewusst ständig an unseren Erinnerungen arbeiten und daraus Mythen entstehen, auch individuelle. Ich versuche das zu vermeiden.

Wir haben in der DDR in einem eigentümlichen Zwiespalt gelebt. Dem Zwiespalt zwischen der offiziellen Wahrnehmung dessen, was die DDR war, den Propagandameldungen über die erfolgreiche Wirtschaft, teilweise überraschenderweise bestätigt vom Westen, der Respekt vor der DDR hatte. Eine Zeitlang hieß es, die DDR sei die zehnstärkste Industrienation der Welt. Wir staunten! In der DDR lebend! Das Echo der DDR-Propaganda wurde uns gewissermaßen vom Westen widergespiegelt. Das war die eine Wahrnehmung, die offizielle. Und dann die andere: Der eigene unmittelbare Lebensausschnitt, das Erlebnis einer Mangelwirtschaft und zugleich die Erfahrungen einer Notgemeinschaft gegen die Widrigkeiten des Alltags und des Mangels und der Bedrängnis und Bedrückung von oben. Wir hatten diese zwiespältige Wahrnehmung: Eigentlich kann das Ganze doch nicht mehr richtig funktionieren. So waren die unmittelbare Wahrnehmung, der eigene Lebensausschnitt und das, was wir von anderen Bekannten und Freunden hörten. Und andererseits das offiziell Geschilderte – es geht ja doch irgendwie weiter. Im Jahr 1989 wurden die unüberwindbaren Widersprüche sichtbarer.

Ein wichtiger Schritt war die Dokumentation der Fälschung der Kommunalwahl im Mai 1989. Wir wussten immer, die Wahlen sind Betrug, aber jetzt wurde es nachgewiesen von mutigen Menschen in Berlin, in Leipzig und in einer Reihe anderer Städte. Dann im Juni 1989 die Drohung aus Peking: Der glorreiche Egon Krenz war in Peking zu Besuch und hat mitgeteilt, dass die blutige Unterdrückung der Opposition auf dem Tiananmen-Platz ein notwendiger Schritt war. Wir wussten, der meint auch uns. Und dann im August/September 1989 die Welle der Ausreisenden. Ich werde nie vergessen,

wie ich am Telefon einen westdeutschen Freund fast angeschrien habe (da merkte man die eigene Betroffenheit). Ich habe gesagt: Hör mal zu, es bleiben nicht nur die Faulen und Feigen und Unanständigen hier im Lande. Es war ein ungemeiner Druck: Da gingen so viele und man selber war immer noch da. Was für eine absurde Situation, dass man sich dafür rechtfertigen muss, dass man da ist, wo man lebt. Ich glaube nicht, dass Sie im Westen Deutschlands je eine solche Erfahrung gemacht haben.

Es ging mir im Herbst 1989 so, wie ganz vielen anderen: Ich hatte das dringende Gefühl, wenn ich jetzt nicht auf die Straße gehe und mitmische und dieses Land verändere, werde ich mich mein ganzes weiteres Leben lang vor mir selber und vor meinen Kindern schämen, die vielleicht auch irgendwann mal abhauen und nicht einfach so trotzig oder bequem oder überzeugt da bleiben.

Noch am 10. November habe ich nicht gewusst, wie lange die DDR weiter existieren wird. Die SED-Führung werde sich vielleicht verändern. Wir aber müssten erreichen, dass wir elementare Grundrechte erringen: Schluss mit dem Führungsanspruch der SED, unterschiedliche Parteien, also Reformen innerhalb der DDR. Und die Unsicherheit, ob die Sowjetunion das zulassen wird und ob es überhaupt diese Chance geben wird.

Ich will jedenfalls im Rückblick nicht behaupten, dass ich damals gewusst hätte, ob und wie schnell es mit der DDR zu Ende geht. Das emotionale Begreifen des Geschehens, der rasanten Entwicklungen, erfolgte Schritt für Schritt.

Udo Hahn: Jetzt sind wir dreißig Jahre weiter. Sie haben sich in vielen Vorträgen und Publikationen intensiv mit dem Thema Zivilgesellschaft beschäftigt. Wenn Sie jetzt nach drei Jahrzehnten sozusagen durch die Brille der Zivilgesellschaft die Entwicklungen beurteilen, wo stehen wir heute im Blick auf die ehemalige DDR, die neuen Bundesländer, Ostdeutschland?

Wolfgang Thierse: Nun gibt es ja, wie ich persönlich empfinde, eine eigentlich beunruhigende Debatte über Ostdeutschland und auch unter Ostdeutschen. Da ist plötzlich davon die Rede, dass Ostdeutschland kolonisiert worden sei, von Demütigungserfahrungen und von vielem anderen. Ich rate zur Nüchternheit und beginne noch einmal mit einer Erinnerung. Die friedliche Revolution war – wie Revolutionen immer – etwas, was von einer Minderheit gemacht worden ist. Und da sie am Schluss erfolgreich war, war die Mehrheit deren Nutznießer. Sie war nicht nur eine friedliche Revolution, sie war

auch und zugleich ein wirtschaftlicher, politischer und moralischer Zusammenbruch des SED-Regimes. Es war eine Minderheit, die diese Revolution initiiert hat. Und diese Minderheit ist bereits am 18. März 1990 abgestraft worden. Bis zum 9. November 1989 war die wichtigste Losung »Wir sind das Volk«: Wir bestreiten Euch den Anspruch, für uns zu reden, wir reden ab sofort für uns selber. Und ab dem 9. November, ab dem Moment, wo eine Mehrheit der Ostdeutschen plötzlich in den Westen konnte, da wandelte sich die Losung in »Wir sind ein Volk«. Was war da passiert? Das ist eine wirkliche Programmänderung: Weg von demokratischen Reformen innerhalb der DDR, weg von Selbstermächtigung hin zu einem realistischen Ziel. Die Mehrheit der DDR-Bürger meinte nun, all das, was wir wollen – Grundrechte, Freiheit und Demokratie, Reisen, Wohlstand – das gibt's doch alles direkt nebenan, in dem anderen, größeren, erfolgreichen Teilstaat, auf den wir schon immer neidisch geblickt haben.

Mitte November gab es den Aufruf »Für unser Land«, im Wesentlichen formuliert von Christa Wolf im Auftrag des Neuen Forum. Dieser Aufruf ging herum zum Unterzeichnen und ich hatte damals schon das Gefühl, ich unterzeichne das nicht, ich glaube nicht, dass eine Mehrheit der DDR-Bürger sich erneut zum Material der nächsten real-sozialistischen oder nun vielleicht utopisch-sozialistischen oder demokratisch-sozialistischen Utopie machen lassen will. Das war mein Gefühl. Ich habe nicht unterschrieben. Der Entwurf war dann tot, als Egon Krenz ihn unterschrieben hatte. Und wenn ich einfügen darf: Wie ich den Ausdruck »Wende« hasse! Denn dieser Ausdruck stammte von Egon Krenz und bezeichnete seine Inthronisation als Generalsekretär der SED. »Wir haben die Wende eingeleitet«, sagte er in einer Fernsehansprache. Wir sahen das und Krenz redete uns an mit: »Liebe Genossinnen und Genossen ...«. Da dachte ich, der begreift nichts, denn auch wenn es zwei Millionen SED-Genossen waren, 15 Millionen waren es nicht! Dieser Ausdruck »Wende« schleppt sich fort, weil Kohl ihn übernommen hat und nun schleppen ihn alle weiter.

Stichwort Minderheit und Stimmungswechsel: Der 18. März 1990 und das Wahlergebnis, das war eine eindeutige Botschaft. Eine große Mehrheit der DDR-Bürger wollte so schnell wie möglich unter das rettende Dach der Bundesrepublik Deutschland. Daran erinnere ich heute meine Landsleute. Ihr wolltet das – wenn ihr heute enttäuscht seid! Ihr wolltet nicht, was unsere Freunde von Bündnis 90 und wir jungen Sozialdemokraten wollten, einen Prozess der Vereinigung von zwei, drei, vier Jahren, also Schritt für Schritt, Reform für Reform. Die Mehrheit wollte etwas ganz anderes. Zur Tempo-

Beschleunigung des Jahres 1990 gehörte eben die Ungeduld der DDR-Bürger: »Kommt die D-Mark bleiben wir, kommt sie nicht dann gehen wir.« Dann kam der faktische wirtschaftliche Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft, weil eine Mehrheit der DDR-Bürger nicht mehr die eigenen Produkte kaufte, sondern die West-Produkte haben wollte – ich sage das ohne Vorwurf, das kann man ja verstehen – und weil die Lieferketten in den Osten Europas plötzlich nicht mehr funktionierten. Und schließlich die außenpolitische Ungewissheit, ob, wann, wie lange, zu welchen Bedingungen Gorbatschow zustimmen würde zur Deutschen Einheit und zum weiteren Gang der Dinge. Das waren alles beschleunigende Faktoren, weshalb dann die Vereinigung eben vollzogen wurde als Beitritt zur Bundesrepublik. Entsprechend dem Willen der ganz großen Mehrheit. Ich betone das so, weil es noch heute Leute gibt, die das kritisieren und daraus Vorwürfe machen. Dann sage ich, könnt ihr machen, aber guckt hin, was damals tatsächlich die Situation war.

Es war eine Minderheit, die die »friedliche Revolution« ins Werk und auf demokratische Reformen gesetzt hat. Und vielleicht wirkt das bis heute nach. Eine Mehrheit wollte damals so schnell wie möglich unter das rettende Dach Westdeutschlands und wollte den Verheißungen glauben. Und Helmut Kohl hat dem deutschen Einigungsprozess eine Art patriarchale Prägung gegeben: »Ich nehme euch an die Hand und führe euch ins Wirtschaftswunderland«. Das war sein Gestus jedenfalls – und eine Mehrheit der DDR-Bürger wollte das glauben! So waren dann auch die Wahlergebnisse im März und Dezember 1990. Wenn man solche Erwartungen hat und so heftig an Versprechen glaubt, dann ist es nicht ganz so überraschend, dass mit unterschiedlicher Schnelligkeit die Enttäuschungen eintreten, die heute noch die Stimmungslage bei einem Teil der Ostdeutschen mitbestimmen. Wie heißt ein kleiner Buchtitel: »Integriert doch erst mal uns«. Er spiegelt genau das wider: Eine fortwirkende autoritäre Prägung. Wenn man die deutsche Geschichte beleuchtet – zwölf Jahre Nazizeit, vierzig Jahre DDR, die Unmöglichkeit, selbstbewusste Bürgerschaft zu leben – dann sage ich das ohne moralischen Vorwurf: Das wirkt nach. Und es verlängert die Einstellung, wie damals in der DDR, alles von denen da oben erwarten zu müssen. Und jetzt richtet sich die Erwartung und die Schuldzuweisung an »Die da oben« im Westen. Die Enttäuschungen, die da eintreten, weil eine Demokratie solche Erwartungen niemals befriedigen kann, die sind heftig. Hatte man die Hoffnungen bei zwei Wahlen zur CDU getragen, dann zur SPD, dann zur Linkspartei, so trägt ein Teil der Ostdeutschen seine Enttäuschungen nun zur AfD. Das ist gewiss etwas grobschlächtig formuliert, aber ich glaube, dass es einen solchen Zusammenhang gibt, der

viel wichtiger ist, als die Behauptung, dass die AfD und die Stimmungslage durch ökonomische oder materielle Gründe bestimmt seien. Untersuchungen zeigen: Pegida und die AfD, das sind nicht die Ärmsten der Armen, das ist nicht die Masse der Arbeitslosen, sondern die mittlere Schicht, das mittlere Publikum. Die sind gar nicht unbedingt unter die Räder gekommen, aber deren Erwartungen sind nicht befriedigt worden. Das ist ein Teil des Konfliktes, in dem dann auch noch ein kultureller Konflikt ganz anderer Art steckt. Darüber müsste man noch gesondert reden.

Udo Hahn: Was heißt das jetzt für die Zivilgesellschaft in den neuen Bundesländern? Die Menschen, von denen sie gerade sprachen, gehören eigentlich zur Zielgruppe der Kirchen beispielsweise, sie verfügen über Bildungsabschlüsse, sie sind in der Lage, Argumente zu belegen und müssten eigentlich nicht jeder Parole oder jedem Slogan hinterherlaufen. Wie sollen wir also die Zivilgesellschaft im Moment einschätzen? Und die weitere Frage ist dann: Wie schauen wir auf unser Land insgesamt?

Wolfgang Thierse: Man wird oft gebeten, Ostdeutschland zu erklären, warum der Ostdeutsche so braun sei oder ob es sich tatsächlich um »Dunkeldeutschland« handle. Ich will zu erklären versuchen, warum es die Demokratie dort schwerer hat. Die Erfolgsgeschichte der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland verlief parallel zur wirtschaftlichen Erfolgsgeschichte. Das Ja zur Demokratie ist fundiert oder erleichtert worden durch den wirtschaftlichen Erfolg. Die Erfahrung war: Wirtschaftlicher Wohlstand und Demokratie passen zusammen! In Ostdeutschland muss das Ja zur Demokratie gesagt werden angesichts dramatischer Umbrüche, der Erfahrung von Arbeitslosigkeit oder der Angst davor, in einer Situation wirtschaftlicher, sozialer, moralischer Verunsicherung. Das ist eine grundlegend andere Situation. Gerade auch vor dem Hintergrund der Schwäche der Zivilgesellschaft. Jetzt kommt noch etwas hinzu: Wir sind gegenwärtig in einer Situation neuer, gleichzeitiger und dramatischer Veränderungen. Die Stichworte sind: Globalisierung, Entgrenzung und Beschleunigung der Welt und ihre Entwicklungen, die Flüchtlingsbewegung, in der die Globalisierung gewissermaßen personifiziert ist. Das Fremde und die Fremden rücken uns nahe! Die digitale Transformation. Die drängende ökologische Katastrophe, die eine radikale Veränderung unserer Lebensweise verlangt. Und dann noch die internationale Situation: Terrorismus, Gewalt, Konflikte. Insgesamt also eine bedrohlich erscheinende Dramatik von Veränderungen, die Ängste und Verunsicherung erzeugt. Und diese

trifft in Ostdeutschland auf eine Bevölkerung, die noch nicht fertig ist mit der Bewältigung der dramatischen Veränderungen seit 1989/90!

Und jetzt soll sie die nächste Veränderungsphase verarbeiten. Das heißt, die Verunsicherung, die Ängste – oder wie ich es nenne – Entheimungsängste, das ist dort viel dramatischer. Und damit ist auch die Sehnsucht viel heftiger nach den einfachen, schnellen Antworten. Nach den einfachen Botschaften. Nach der schnellen Lösung. Nach Erlösung. Und das ist die Stunde der Populisten. Deswegen ist die AfD erfolgreich. Sie verspricht. Sie nimmt Enttäuschungen auf. Sie verstärkt und instrumentalisiert Ärger und Wut. Sie bestätigt und bestärkt Abwehrängste gegen all diese Veränderungen.

Was dagegen zu tun ist, geht weit über die Politik hinaus. Politiker müssen viel besser erklären was sie tun. Politik muss selbst Demokratiearbeit leisten, also in der politischen Auseinandersetzung zugleich politische Bildung betreiben. Das ist so ziemlich das Gegenteil dessen, was Frau Merkel immer gemacht hat. Viel mehr werbend und erklärend agieren. Das ist ziemlich mühselig. Das zweite ist, dass dies eigentlich noch viel mehr Aufgabe der Bürgergesellschaft ist. Meine Erfahrung jedenfalls ist, dass das Gespräch zwischen Politikern und Bürgern immer darunter leidet, dass es durch ein Vorwurfs-Gefälle geprägt ist, durch sofortige Abwehr, durch Vorurteile gegen »die da oben«. »Der weiß nichts von mir, der begreift nicht.« Ich habe es erlebt: Da steht ein Bürger in einer Veranstaltung auf, formuliert eine ganze Kaskade von Vorwürfen gegen die Politik. Und wenn ich dann eine Antwort geben möchte und diskutieren will, dann hört der Fragende nicht zu oder geht raus. Der wollte nur seine Wut »gegen den da oben« artikulieren.

Trotzdem: Gespräche müssen geführt werden, unbedingt. Ich bin überzeugt davon, dass von Nachbar zu Nachbar, von Kollege zu Kollege ein versachlichendes Gespräch leichter zu führen ist. Und dass die Demokraten – ein schönes Wort, das nicht von mir stammt, sondern von Bernhard Pörksen – dass die Demokraten »Hermeneuten der Wut« der anderen werden sollen. Hermeneuten der Wut: Was ängstigt euch, worüber bist Du wütend? So konkret wie möglich darüber reden. Das ist Sache der Zivilgesellschaft, das ist Zivilgesellschaft!

Ralf Dahrendorf hat 1990 eine Prognose abgegeben. Er sah folgenden Zeitbedarf voraus: Für die Einführung politischer Demokratie und rechtsstaatlicher Verhältnisse sechs Monate, für die Entwicklung einer funktionierenden Marktwirtschaft sechs Jahre, für die Entwicklung einer starken Zivilgesellschaft sechzig Jahre. Wir sind also durchaus noch im Zeitplan!

Udo Hahn: Ich habe noch zwei Fragen: Zunächst eine, zu der ich ins Ausland schauen will. Wenn wir die Entwicklung in Ländern wie Ungarn oder Polen unter die Lupe nehmen, dann sehen wir, dass sich auch dort viel verändert hat, und dass dort das System der Medien unter Druck geraten ist, die Justiz und auch die Zivilgesellschaft. Und wenn man gegen diese drei Bereiche schießt, von denen man sagen kann, dass sie eine Demokratie konstituieren, dann weiß man eigentlich nicht so recht, was da noch übrigbleiben soll. Jetzt aus dem Ausland zurück nach Deutschland: Mein Eindruck ist, dass auch bei uns die Medien, der öffentlich-rechtliche Rundfunk, aber auch die Qualitätszeitungen und Nachrichtenmagazine von SPIEGEL oder FOCUS über die ZEIT, die Süddeutsche Zeitung und die FAZ, kritisch unter die Lupe genommen werden. Gegen die Justiz gibt es auch Bestrebungen und die Zivilgesellschaft ist dann das nächste Ziel. Man hört an einigen Stellen Forderungen wie die, der Bundeszentrale für politische Bildung das Geld am besten wegzunehmen, weil alles, was dort investiert wird, das braucht es eigentlich nicht. Wie bedrohlich ist aus Ihrer Sicht die Situation tatsächlich, und wer in der Zivilgesellschaft müsste sich jetzt alles mit anderen unterhaken?

Wolfgang Thierse: Jetzt haben wir ja, parteiisch wie wir sind, geradezu emphatisch über die Zivilgesellschaft gesprochen und damit indirekt Pegida und die AfD an den Rand gestellt, die natürlich auch zivilgesellschaftliche Erscheinungen bestimmter Art sind. Das muss man auch ernst nehmen. Auch darin kann man interessante Beobachtungen machen, dass die DDR und Ostdeutschland nun wirklich nicht ganz so homogen waren und sind. Der Unterschied etwa zwischen Leipzig und Dresden gerade in solchen Fragen ist riesig. Das sind ziemlich unterschiedliche Städte und das war auch zu DDR-Zeiten schon so. Ich werde nicht vergessen, in Dresden konnte man noch Reste eines alten Bürgertums erleben mit entsprechenden starken Kulturprägungen. Das gab es so in Leipzig nicht mehr und in Berlin auch nicht. Da gibt es untergründige Traditionen, die noch eine Rolle spielen.

Ich setze eine gewisse Hoffnung darauf, dass in Ostdeutschland, in den größeren Städten, in den Universitätsstädten zumal, eine neue deutsche Mischung entsteht. Wir haben ja schließlich nicht die Mauer vom Osten her eingedrückt, um unter uns zu bleiben! Also es ist schön, wenn die Wessis zu uns rüberkommen, was ja nicht alle gleichermaßen als so schön empfinden. In den Universitätsstädten entsteht etwas Neues, und damit entsteht eine Konfrontation zwischen dieser neuen Mischung und anderen, traditioneller

geprägten Orten. Aber auch innerhalb dieser Orte kann man das beobachten, z.B. in Dresden, wo es ein ziemlich konservatives (auch AfD-gestimmtes) Bürgertum gibt, das dieses Grundgefühl hat: Jetzt werden wir fremd im eigenen Land. Es hat sich so viel verändert, was uns ausgemacht hat; was uns geholfen hat, die DDR zu überstehen. Und jetzt, wo wir das Sehnsuchtsziel erreicht haben, die Deutsche Einheit, wird uns das unter den Füßen weggezogen. Das ist eine ganz eigentümliche Stimmung. Und da sage ich wiederum, da hilft nur das Gespräch zwischen denen, die schon länger da sind, und den Hinzugekommenen. Ich weiß, wie schwierig das sein kann, weil Vorurteile aufeinandertreffen können. Das ist eine der großen Herausforderungen.

Sie haben auch nach den Medien gefragt. Das ist ohnehin verrückt, wenn man hört, dass es eine Zunahme derer gibt, die den seriösen Medien nicht mehr glauben: »Lügenpresse«. Das ist ein mediales Problem, durchaus auch eines Kulturkampfes, das ernst zu nehmen ist: Es gibt eben viele Ostdeutsche, die der Meinung sind, ihr Leben in der DDR und in den letzten dreißig Jahren, das was ihr Leben ausgemacht hat, das kommt gar nicht angemessen vor. Sie haben das Gefühl, dass sie vorurteilsbeladen beurteilt werden. Dagegen muss man anarbeiten, weil das inzwischen zu einem Opfermythos geworden ist, also durchaus eine Übertreibung. Aber die ostdeutsche Wahrnehmung, nicht fair und gerecht bewertet zu werden, habe ich schon Anfang der 90er Jahre angesprochen und immer wieder wie ein politischer Wanderprediger gesagt: Ihr lieben Westdeutschen, ihr müsst deutlich und sichtbar und hörbar unterscheiden zwischen dem Urteil über das System – das gescheitert ist, das zusammengebrochen ist, da kann und muss das Urteil radikal und hart sein – und dem Urteil über die Menschen, die da gelebt haben. Mit diesem Urteil müsst ihr behutsam und differenziert umgehen. Und wir müssen reden miteinander. Ostdeutsche und Westdeutsche müssen sich wechselseitig ihre Lebensgeschichten erzählen. Da wird nämlich deutlich, dass die im Westen nicht nur Erfolgs- und Siegengeschichten hinter sich haben und wir im Osten nicht nur finstere Verräter- und Schurkengeschichten.

Solch vorsichtig-differenziertes Urteilen war aber eher die Ausnahme. Denn insgesamt, das wirkt nach, waren die 90er Jahre bestimmt von der medialen Vermarktung der DDR-Biografien zu Skandalgeschichten von Feigheit und Verrat unter der Überschrift des Faszinosums Stasi. Und wenn ich, ich darf das personifizieren, wenn ich so einen Scharfrichter wie Hubertus Knabe, dessen Anliegen ich ja ganz gut nachvollziehen kann, im Fernsehen erlebe mit seinen harten Urteilen über DDR-Biografien, dann weiß ich, dass sich ganz viele Ostdeutsche gegen dessen Urteile wehren und damit einer

selbstkritischen Betrachtung ihrer eigenen DDR-Biografien verweigern – und die DDR plötzlich verteidigen, wie sie es zu DDR-Zeiten nie getan haben. Das war nach meiner Beobachtung die Wirkung von Hubertus Knabe, der lange Zeit Leiter der Gedenkstätte Stasi-Gefängnis Hohenschönhausen war und immer den Eindruck vermittelte, er hätte selbst in Bautzen gesessen. Dabei hat er schlicht eine westdeutsche Biografie, denn er war Sohn eines grünen Bundestagsabgeordneten.

Udo Hahn: Herr Dr. Thierse, ein wichtiges Thema ist der Wandel der Zivilgesellschaft. Als Teil der Zivilgesellschaft betrifft das die Gewerkschaften; aber die Parteien gehören im weitesten Sinne ja auch zur Zivilgesellschaft und hier vollzieht sich auch ein Wandel, von dem insbesondere die SPD betroffen ist. Wie nehmen Sie diesen Wandel, diese Veränderung, diesen Veränderungsdruck, unter dem die SPD im Augenblick steht, wahr?

Wolfgang Thierse: Also ich beherrsche mich und sage einen steilen Satz: Wer Parteien verachtet, gerade auch in Momenten ihrer Krise, verachtet Demokratie. Schauen wir in die Geschichte: So wichtig soziale Bewegungen sind und wohl auch der lebendigere Teil von Politik sein können – Bewegungen an die Stelle von Parteien zu setzen, das erscheint mir gefährlich. Die deutsche Erinnerung und der Blick in andere Länder sollten uns warnen. Es sollte um das Zusammenspiel von demokratischen Parteien und demokratischen zivilgesellschaftlichen Bewegungen gehen, das halte ich für richtig und notwendig. Das Zusammenwirken wird mit Sicherheit nicht ohne Widersprüche und Konflikte sein. Aber dass wir das Prinzip der repräsentativen Demokratie aufheben, ich kann nicht sehen, wie wir dadurch etwas gewinnen können. Wie wir diese repräsentative Demokratie verlebendigen können, wie die Parteien sich selber verändern, das ist die schwierige Herausforderung. Ich glaube auch nicht, dass die SPD darin ein spezifisches Problem hat. Das spezifische Problem der SPD ist ihre soziale und kulturelle Basis, die stärker erschüttert ist, stärker erodiert ist als die Basis der CDU, der anderen Volkspartei. Und bei den Grünen werden wir sehen, was daraus wird, wenn Robert Habeck mitteilt: Nein, Volkspartei wollen wir nicht werden, wir wollen Bündnispartei werden. Solche Art sprachliche Tricks liebe ich als Germanist und freue mich auf deren Erfolg in der Wirklichkeit.

Wolfgang Schroeder empfahl der SPD unlängst – das finde ich auch einen schönen Begriff – »Brückenpartei« zu werden. Darin steckt ein richtiger Gedanke: In einer zersplitterten, individualisierten, sich ständig verändern-

den Gesellschaft ist die Basis von Großorganisationen erodiert und schwierig geworden. Das gilt für die Parteien, für Gewerkschaften, für Kirchen, für Sportverbände. Darauf muss man Antworten finden und das kann man nur in Experimenten. Und da sind wir unterwegs. Aber das Triumphgeschrei, das ich jeden Tag in der Zeitung lese, das Ende der Volksparteien sei da, dieses Triumphgeschrei mag ich nicht so sehr. Wir sind an einem Tiefpunkt und werden wohl noch durch ein etwas längeres, tieferes Tal gehen müssen. Das sehe ich auch, aber ich wünsche mir, dass es nicht abgrundtief ist. Wenn Sie mir diesen Wunsch verzeihen!